

Wahlprüfsteine der Psychotherapeutenkammer des Saarlandes zur Landtagswahl im Saarland, März 2022

Die Psychotherapeutenkammer des Saarlandes vertritt aktuell über 700 Kammermitglieder, davon über 150 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen und 550 Psychologische Psychotherapeut*innen.

Etwa 45% der Kammermitglieder arbeiten entweder ausschließlich oder auch in Institutionen (Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen, Schulpsychologischen Diensten, Beratungsstellen, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Suchthilfe, Straf- und Maßregelvollzug, u.v.m.). 55% der Kammermitglieder sind in der ambulanten Versorgung als Vertragspsychotherapeut*innen oder in Privatpraxen tätig.

Zentrale Anliegen der Psychotherapeut*innen für die Weiterentwicklung und Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Saarland sind die folgenden Punkte:

*Psychisch belastete und psychisch kranke Menschen aller Altersgruppen brauchen unabhängig von ihrer sozialen Lage einen direkten Zugang zu Psychotherapeuten*innen! Insbesondere Menschen, die körperliche und psychische Gewalt, sexuellen Missbrauch oder Diskriminierung erlebt haben, müssen durch Hilfsangebote und die leitlinienorientierte Traumabehandlung durch Psychotherapeut*innen gestärkt werden. Gerade psychisch Schwersterkrankte benötigen niedrigschwellige sektorenübergreifende Hilfsangebote. Die Wartezeit auf eine Sprechstunde betrug nach der Wartezeitenstudie der Bundespsychotherapeutenkammer 2018 5,7 Wochen im Bundesdurchschnitt, 7,5 Wochen im Saarland, auf einen Psychotherapieplatz im Saarland ca. 23,6 Wochen. Die Wartezeiten haben sich im Kontext der Corona-Pandemie noch verlängert.*

Welches Gewicht wollen Sie der Problematik der Wartezeiten im Saarland beimessen?

FDP	Wichtig ist, dass hilfsbedürftige Menschen schnell und passgenau versorgt werden. Auch weniger schwerwiegende Probleme könnten chronisch werden, wenn die Hilfe zu spät kommt. Deshalb werden wir uns für eine bedarfsgerechte und zügige Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen einsetzen. Psychotherapeuten sollten mehr Gruppentherapien anbieten, wenn dies für die Patienten vertretbar ist, um so Wartezeiten zu minimieren.
------------	--

Wie sehen Sie für das Saarland das Problem der Wartezeiten auf Behandlungsplätze insbesondere nun verschärft während der Coronapandemie?

FDP	Die mit dem Corona-Virus verbundenen Ängste und Einschränkungen stellen für Menschen mit psychischen Störungen eine besonders große Herausforderung dar, denn alles Negative wird oftmals vergrößert wahrgenommen und verschärft das Krankheitsbild, sodass ein erhöhter Therapiebedarf entstehen kann und sich damit die Wartezeiten noch erhöhen. Die Pandemie hat in der gesamten Gesellschaft zu einem Anstieg der psychischen Erkrankungen geführt und laut IKK ist mit einem Rückgang der Zahlen nicht zu rechnen. Das bedeutet, dass entsprechende Versorgungsstrukturen und Präventionsangebote vorgehalten werden müssen.
------------	--

Wie stehen Sie dazu, kurzfristig mit Ermächtigungen/Sonderbedarfen und Einbeziehung von Privatpraxen in der aktuellen Lage zu reagieren?

FDP	Bei entsprechender Qualifikation und vorhandener Bereitschaft der Therapeuten ist eine befristete Einbeziehung von Privatpraxen denkbar, wenn es die Rechtslage zulässt.
CDU	<p>Zu allen drei Fragen:</p> <p>Zu lange Wartezeiten für Menschen, die psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen möchten, sind aus Sicht der CDU Saar ein dringend verbesserungswürdiger Zustand. Menschen, die Unterstützung benötigen, brauchen passgenaue und zeitnahe Lösungsangebote. Bedingt auch durch die Corona-Pandemie hat im Saarland die Zahl psychotherapeutischer Behandlungen ebenso wie in anderen Bundesländern zugenommen. Gleichzeitig ist aber auch die Therapeutendichte mit Kassenzulassung weiter gestiegen, sodass sich hier gewisse Ausgleichswirkungen ergeben hat. Wir setzen uns daher dafür ein, im Gemeinsamen Bundesausschuss im Bedarfsfall und für den Fall einer deutlichen Verlängerung von Wartezeiten diese Bedarfe auch anzumelden. Wir werden darauf hinwirken, die Anzahl der zugelassenen Praxen pro Landkreis auch im Saarland weiter zu erhöhen, um der gestiegenen Nachfrage ein angemessenes Angebot entgegenzusetzen, ohne dabei eine Änderung des geltenden Zulassungssystems herbeizuführen.</p> <p>Aus Sicht der CDU Saar soll eine stärkere Vernetzung im Gesundheitswesen auch dazu beitragen, eine gute und sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung zu erreichen. In einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen setzen wir deshalb auch im psychotherapeutischen Bereich auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure unter Hinzunahme der großen Potenziale der Digitalisierung. Die Patientinnen und Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeuten darauf zugreifen lassen können, wenn sie das möchten. Dabei sind Datensicherheit und Datenschutz Grundpfeiler zur Sicherung von Vertrauen in digitale Lösungen.</p>
Grüne	<p>Zu allen drei Fragen:</p> <p>Die unerträglich langen Wartezeiten auf Behandlungsplätze und die weitere Verschärfung der Situation im Zuge der Corona-Pandemie sind aus unserer Sicht unhaltbar und machen ein schnelles Handeln erforderlich. Auch das psychotherapeutische Arbeiten mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen wird zu einer weiteren großen Herausforderung für die notwendigen Strukturen. Kurzfristigen Ermächtigungen und Sonderbedarfen und der Einbeziehung von Privatpraxen stehen wir in der aktuellen Situation positiv gegenüber.</p>

Welche Bedeutung geben Sie der Prävention z.B. durch Angebote von spezialisierten Beratungsstellen (Notrufgruppe, Checkpoint usw.) im Saarland?

FDP	Psychische Erkrankungen manifestieren sich zumeist in jungen Jahren. Häufig werden sie jedoch erst spät erkannt und behandelt. Präventive Maßnahmen sowie Früherkennung und -interventionen sollten eine stärkere Bedeutung bekommen. Spezialisierte Beratungsstellen können aus unserer Sicht hier einen wichtigen Beitrag in der Versorgungsstruktur leisten.
CDU	Die CDU Saar setzt sich für eine medizinische Kultur ein, die dem ganzen Menschen dient und auf stetigen Fortschritt setzt. Wir wollen Patientenorientierung, therapeutische Wahlfreiheit und Gesundheitsförderung durch Prävention sowie Eigenverantwortung

	<p>stärken. Prävention und Rehabilitation werden wir deshalb noch stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stellen. Hierbei spielen auch die Psychologinnen und Psychologen eine wichtige Rolle. Sie leisten beispielsweise einen unverzichtbaren Beitrag für Stressbewältigung und damit bei der Umsetzung der Ziele des Präventionsgesetzes. Neben nicht ausgewogener Ernährung, Rauchen, übermäßigem Alkoholkonsum und zu wenig Bewegung ist auch Stress ein Risikofaktor bei der Entstehung von Erkrankungen wie Übergewicht, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Wir werden deshalb die Krankenkassen auffordern, bei der Entwicklung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention die Sachkunde der Psychologinnen und Psychologen konsequent einzubeziehen.</p> <p>Aus Sicht der CDU Saar sind darüber hinaus erzieherische Angebote, insbesondere in den Bereichen Jugendpädagogik, Jugendmedienschutz, Gesundheitserziehung, Sucht und Kriminalität, Extremismus sowie Missbrauch und Vernachlässigung allesamt wichtige Bestandteile gelungener Präventionsarbeit für alle Altersgruppen. Diese Angebote bauen wir daher flankierend zu den bestehenden Präventionsangeboten sowohl im innerschulischen, aber vor allem im außerschulischen Bereich mit den etablierten Partnern und den spezialisierten Beratungsstellen weiter aus. Um insbesondere dem Thema Kinder- und Jugendschutz einen noch größeren Wert im parlamentarischen Verfahren beizumessen, werden wir einen ständigen Ausschuss im Landtag des Saarlandes einrichten, der als Kinder- und Jugendkommission fungiert.</p>
Grüne	<p>Prävention ist nach unserem Verständnis ein wichtiger Baustein, um die seelischen Gesundheit zu fördern. Um Prävention sicherzustellen, brauchen wir niedrigschwellige und professionelle Angebote, am Arbeitsplatz, an Universitäten oder an Schulen. Dabei darf diese Beratungs- und Anleitungarbeit keineswegs allein auf Hilfsstrukturen umgelegt, sondern muss von Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen im gebotenen zeitlichen Rahmen begleitet werden. Ebenso legen wir großen Wert darauf, Jugendlichen und jungen Menschen früh in ihrer Persönlichkeitsentwicklung Hilfe anzubieten und entsprechende Beratungsstrukturen, vor allem im ländlichen Raum, auszubauen.</p>

Welche Bedeutung räumen Sie den Maßnahmen zum Kinder- und Patient*innenschutz ein? Wie werden Sie dabei die Expertise unserer Profession nutzen?

FDP	<p>Die Patienten in der Psychotherapie sind besonders schutzbedürftig und deshalb ist ein starker und strikter Patientenschutz notwendig. Da die Psychotherapeutenkammern vom Gesetzgeber damit beauftragt sind, in ihrer Berufsordnung verbindliche Regeln festzulegen und die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten zu kontrollieren, werden wir die Expertise Ihrer Profession für den Patientenschutz gerne nutzen.</p> <p>Flüchtlinge mit psychischen Erkrankungen brauchen einen Zugang zur Psychotherapie von Beginn ihres Aufenthalts an. Für Menschen, die die Leistungen von Sprach- und Kulturmittler*innen benötigen, um angemessen versorgt werden zu können, müssen diese Leistungen finanziert werden. Aus unserer Sicht hat sich der Kinderschutz in den Familien mit Flüchtlings- oder Migrationshintergrund in den letzten beiden Jahren im Saarland leider nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Am Beispiel der desaströsen Personalausstattung des Psychosozialen Zentrums in Burbach wird das deutlich sichtbar. Das PSZ in Burbach stellt eine wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Familien, die bereits einen Wohnsitz haben, dar. Die besondere Problematik eines anderen kulturellen Hintergrunds und anderer Erziehungskonzepte dürfen auf keinen Fall außer Acht gelassen werden.</p>
------------	--

<p>CDU</p>	<p>Gerade Kinder- und Jugendschutz haben aus Sicht der CDU Saar höchste Priorität. Um Ärztinnen und Ärzte, aber eben auch Expertinnen und Experten Ihrer Profession bei dieser schweren Aufgabe zu unterstützen, werden wir ein Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen aufbauen. Eine zentrale Rolle nehmen dabei auch Kinderschutzambulanzen ein. Sie bieten professionelle Hilfe beim Erkennen von Zeichen von Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder durch eine kindgerechte ambulante und stationäre Diagnostik von spezifischen Verdachtsfällen. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und einer Vernetzung im Hilfesystem sind Kinderschutzambulanzen ein wichtiger Baustein für mehr Kinderschutz im Gesundheitssystem. Daher wollen wir eine möglichst wohnortnahe und flächendeckende Versorgung erreichen. Darüber hinaus wissen wir, dass man unabhängig von Alter und Geschlecht Opfer einer Gewalttat werden kann. Die Erfahrung mit dem Untersuchungsausschuss „Verdachtsfälle von Missbrauch“ hat gezeigt, dass Kinderschutz und Opferschutz oftmals zusammenfallen. Opfer und ihre Angehörigen leiden oft noch jahrelang unter den Folgen. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, einen zuständigen Ansprechpartner zu haben, der sich den Anliegen der Betroffenen annehmen kann und diese bei ihrer Suche nach Hilfe betreut und unterstützt.</p> <p>Hierzu werden wir im Landtag einen unabhängigen hauptamtlichen Beauftragten beziehungsweise eine Beauftragte berufen. Für uns steht Opferschutz vor Täterschutz. Deswegen werden wir den geplanten Kinderschutzbeauftragten zu einem hauptamtlichen Schutzbeauftragten erweitern, der auch weitere Themen wie Opfer-, Patienten- und Zeugenschutz mitbearbeitet. Der Schutzbeauftragte soll insbesondere beratend tätig sein und den zuständigen Gremien und insbesondere dem Landtag regelmäßig über Verbesserungspotential berichten.</p>
<p>SPD</p>	<p>Zu allen fünf Fragen:</p> <p>Der mentalen und seelischen Gesundheit der Saarländer:innen räumen wir im Rahmen unserer Gesundheitspolitik einen sehr hohen Stellenwert ein. Wir wissen um die zu hohen Wartezeiten und die zu geringe Anzahl an Behandlungsplätzen. Die Corona-Pandemie hat diese Situation erneut verschärft. Viele Menschen haben sich in den vergangenen beiden Jahren in psychischen Ausnahmesituationen befunden. Die Anzahl der psychisch belasteten Arbeitnehmer:innen im Saarland ist im bundesweiten Vergleich ganz oben. Darauf müssen Antworten gefunden werden. Wir werden das psychotherapeutische Angebot im Saarland ausweiten und zusätzliche Therapieplätze schaffen. Dazu suchen wir das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung und begleiten die Reformvorhaben der Ampel-Koalition im Bund. Auch eine bessere Qualifizierung der Hausärzt:innen, die häufig die erste Anlaufstelle für Menschen mit seelischen Erkrankungen darstellen, ist wichtig, um die Versorgung der betroffenen Patient:innen zu verbessern. Wir treiben das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz engagiert voran, so dass es noch in dieser Legislaturperiode Gesetzesrang erhält und in der kommenden Wahlperiode mit Leben gefüllt werden kann. Durch die konzeptionelle und personelle Weiterentwicklung der Sozialpsychiatrischen Dienste im Regionalverband und in allen Landkreisen stärken wir die ambulante Grundversorgung. Darüber hinaus stärkt das Gesetz auch die Rechte und somit den Schutz der Patient:innen.</p> <p>Auch dem Schutz der Kleinsten in unserer Gesellschaft kommen wir engagiert nach. Wir werden eine:n Kinderschutzbeauftragte:n einrichten, Kinderschutzkonzepte für alle Bereiche auflegen und ihn im Saarländischen Krankenhausgesetz rechtlich untermauern. Die spezialisierten Beratungsstellen leisten unverzichtbare Arbeit. Man denke nur an Phoenix, Nele, Neue Wege, die schulpsychiatrischen Dienste oder die Unterstützung von suchterkrankten Menschen. Ihre Leistung wird politisch beachtet, ihre Wichtigkeit ist un-</p>

	<p>umstritten. Förderungen müssen Regelförderungen werden. Bei all den genannten Punkten benötigen wir selbstverständlich die Expertise der Expert:innen, die auch in der Vergangenheit intensiv in unsere parlamentarische Arbeit Eingang gefunden hat und auch in Zukunft wichtiger Bestandteil der Arbeit der SPD-Fraktion sein wird.</p>
Grüne	<p>Generell muss ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischen, psychologischen und psychotherapeutischen Angeboten ermöglicht werden. Geschlossene psychiatrische Stationen, die es auch im Saarland trotz Psychiatriereform immer noch gibt, sind konzeptionell zu überprüfen und dort, wo es beispielsweise durch einen erhöhten Personaleinsatz möglich ist, zu öffnen. Die Behandlung unter Zwang ist auf das unumgängliche Maß zu reduzieren. Eine engmaschige Kontrolle und Evaluierung, ob eine solche Behandlung weiterhin nötig ist, muss durchgeführt werden, damit die Freiheitsrechte und die Selbstbestimmung der zu Behandelnden nicht leichtfertig eingeschränkt werden.</p> <p>Den engen Austausch und die Einbeziehung von Expert*innen wie der Psychotherapeutenkammer halten wir in der politischen Arbeit für unerlässlich und werden gerne auf die Expertise ihrer Erfahrungen und Profession zurückgreifen.</p> <p>Flüchtlinge mit psychischen Erkrankungen brauchen einen Zugang zur Psychotherapie von Beginn ihres Aufenthalts an. Für Menschen, die die Leistungen von Sprach- und Kulturmittler*innen benötigen, um angemessen versorgt werden zu können, müssen diese Leistungen finanziert werden. Aus unserer Sicht hat sich der Kinderschutz in den Familien mit Flüchtlings- oder Migrationshintergrund in den letzten beiden Jahren im Saarland leider nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Am Beispiel der desaströsen Personalausstattung des Psychosozialen Zentrums in Burbach wird das deutlich sichtbar. Das PSZ in Burbach stellt eine wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Familien, die bereits einen Wohnsitz haben, dar. Die besondere Problematik eines anderen kulturellen Hintergrunds und anderer Erziehungskonzepte dürfen auf keinen Fall außer Acht gelassen werden.</p>

*Flüchtlinge mit psychischen Erkrankungen brauchen einen Zugang zur Psychotherapie von Beginn ihres Aufenthalts an. Für Menschen, die die Leistungen von Sprach- und Kulturmittler*innen benötigen, um angemessen versorgt werden zu können, müssen diese Leistungen finanziert werden. Aus unserer Sicht hat sich der Kinderschutz in den Familien mit Flüchtlings- oder Migrationshintergrund in den letzten beiden Jahren im Saarland leider nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Am Beispiel der desaströsen Personalausstattung des Psychosozialen Zentrums in Burbach wird das deutlich sichtbar. Das PSZ in Burbach stellt eine wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Familien, die bereits einen Wohnsitz haben, dar. Die besondere Problematik eines anderen kulturellen Hintergrunds und anderer Erziehungskonzepte dürfen auf keinen Fall außer Acht gelassen werden.*

Wie wollen Sie die Versorgung von Geflüchteten und Migrant*innen auch außerhalb der Landesaufnahmestelle sicherstellen?

FDP	<p>Durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die für die Beantragung, qualifizierte Begutachtung, Genehmigung und Vergütung von Psychotherapien bei Flüchtlingen (unabhängig von Aufenthaltsdauer) verantwortlich ist.</p> <p>Durch die Qualifizierung von Psychotherapeuten und Ärzten zur Versorgung psychisch kranker Flüchtlinge durch Fortbildungsangebote der Psychotherapeuten- und Ärztekammer.</p>
------------	---

Wie wollen Sie Beratungs- und Hilfsangebote für Migrant*innen und Geflüchtete und Sprachvermittlung fördern?

FDP	Durch den Aufbau eines Pools von Sprachmittlern, die für die psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen qualifiziert sind und Vermittlung dieser Sprachmittler an Psychotherapeuten und Ärzte.
CDU	Zu beiden Fragen: Aus Sicht der CDU Saar ist eine angemessene Versorgung aller Menschen, die psychotherapeutische Hilfsangebote in Anspruch nehmen möchten, ein dringendes Anliegen. Mit Blick auf Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten werden wir daher das Landesprogramm Migration als ganzheitlichen Ansatz auch für Integrationsbemühungen evaluieren und weiterentwickeln, um gemeinsam mit den Trägern der Integrationshilfe und -beratung die Verfahren zu verbessern.

Wie stehen Sie zu einer soliden Sockelfinanzierung des Psychosozialen Zentrums des Deutschen Roten Kreuzes im Saarland?

FDP	Im PSZ erhalten Geflüchtete eine umfassende psychologische und psychosoziale Unterstützung und Hilfen bei der kulturellen Orientierung. Eine solide Finanzierung dieses Angebotes sollte aus unserer Sicht gewährleistet sein.
CDU	Als CDU Saar setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung des PSZ mit seinen Standorten in der Landesaufnahmestelle und in Saarbrücken-Burbach ein und stehen daher für weitere Gespräche gerne zu Verfügung.
SPD	Zu allen drei Fragen: Geflüchtete sind in vielen Fällen mit schweren Traumatisierungen belastet. An diesen mit den Menschen zu arbeiten, ist der erste Schritt um ihre Gesundheit zu stabilisieren und ihnen Wege in die gesellschaftliche Integration zu öffnen. „Hope“ nannte sich ein aus EU-Mitteln gefördertes Programm des Deutschen Roten Kreuzes zur psychologischen Begleitung der Geflüchteten, die mit schweren Traumata belastet waren. Die EU-Mittel wurden gestrichen, das Programm beendet. Wir müssen die vier Vollzeitstellen, die auf Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen und Übersetzer:innen verteilt waren, aufleben lassen. Darüber hinaus wird eine Struktur für Kinder und Jugendliche benötigt. Die Mittel sind seitens des Bundes bzw. anderer Fördermöglichkeiten (z.B. über AMIF) bereitzustellen. Bis zur Klärung der Finanzierung müssen Landesmittel eingesetzt werden. Eine landesweit dezentrale Struktur ist das langfristige Ziel. Ansetzen möchten wir darüber hinaus aber auch an der Regelstruktur. Bislang finden kaum Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in die psychotherapeutischen Angebote des Saarlandes. Dazu benötigt es Wissen über die Angebote auf der Seite der Migrant:innen und interkulturelle und Sprachkompetenzen auf Seite der Praxen und Einrichtungen. Dieser Annäherung möchten wir die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen bieten. Dass die Bundesregierung parallel die Sprachmittlung durch die gesetzliche Krankenversicherung finanzieren möchte, ist ein weiterer wichtiger Baustein.
Grüne	Zu allen drei Fragen: Gerade Geflüchtete und Migrant*innen sind häufig traumatisiert und befinden sich in einer äußerst schwierigen Lebenssituation. Schnelle und niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote sind daher von großer Bedeutung. Sprach- und kulturelle Barrieren gilt es mit einem konzentrierten Maßnahmenbündel zu reduzieren. Dies gilt auch bei der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten. Um dies auch außerhalb der Landesaufnahmestelle zu ermöglichen, braucht es Angebote wie das PSZ, die langfristig stabil

	finanziert werden müssen. Das Saarland ist das einzige Bundesland dessen Psychosoziales Zentrum keine Sockelfinanzierung hat. Hier ist dringender Handlungsbedarf, die Finanzierung muss auf eine solide und verlässliche Grundlage gestellt werden.
--	--

Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie ist laut einer Analyse Hamburger Wissenschaftler weiterhin hoch. Rund ein Drittel empfindet demnach weniger Lebensqualität als vor Beginn der Pandemie. Vor der Corona-Krise waren es etwa zwei von zehn Kindern, also ein Fünftel. Das ist das Ergebnis der dritten Befragung aus dem Herbst 2021 im Rahmen der sogenannten COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE). In der Saarbrücker Zeitung vom 14.02.22 finden sich im Artikel „Depressive Kinder werden häufig süchtig“ weiterführende Hinweise auf den aktuellen DAK-Kinderreport.

Welche Bedeutung geben Sie der psychotherapeutischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im Saarland?

FDP	Psychische Probleme können für Kinder und Jugendliche ernste Folgen haben. Deshalb ist es wichtig, auf ihre Alarmsignale zu achten. Zeitnahe Hilfe und Prävention (z.B. auch durch multiprofessionelle Teams in Kitas und Schulen) können viel dazu beitragen, dass psychische Probleme erst gar nicht entstehen oder sich verstetigen und zu einer psychischen Erkrankung führen.
------------	--

Wie planen Sie, die Expertise von Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut*innen und Psychotherapeut*innen in der Jugendhilfe oder in Beratungsstellen künftig besser zu nutzen?

FDP	Diese Expertise sollte genutzt werden für die Entwicklung evidenzbasierter therapeutischer Ansätze für den Einsatz im pädagogischen Kontext und die Erforschung und Entwicklung von therapeutischen Angeboten in der Jugendhilfe.
SPD	Zu allen zwei Fragen: Kinder und Jugendliche sind von den Einschränkungen in der Corona-Krise besonders betroffen. Wie stark ihnen Abstands- und Sozialregeln seelisch zusetzen und sich Zukunftsorgen ausweiten, zeigen der fünfte saarländische Kinder- und Jugendbericht, der DAK-Kinderreport und zahlreiche weitere Studien. Benachteiligungen verschärfen sich. Kinder und Jugendliche, die in Armut leben, werden unter zusätzlichen enormen Stress gesetzt. Kinder und Jugendliche in belasteten Familien können Konflikten und Gewalt nicht mehr entfliehen. Fehlende soziale Kontakte, Distanz, Abstand und auch die Sorge, Familienmitglieder zu infizieren, bestimmen das Leben von Kindern und Jugendlichen. Eine Online-Umfrage von JUZ united verdeutlichte darüber hinaus, dass ihr persönliches Befinden bei schlecht bis maximal mittelmäßig rangiert. Gelacht werde selten. Dem mit entsprechenden Unterstützungsangeboten gerecht zu werden, messen wir höchste Priorität zu. Lücken zu erkennen, Strukturen bedarfsdeckend aufzubauen – das geschieht gemeinsam mit den Expert:innen. Wie bislang suchen wir konsequent den Austausch im persönlichen Gespräch vor Ort, mit der Kammer und prüfen einen zu implementierenden regelmäßig tagenden Runden Tisch. Dieser wäre auch geeignet, die Planungen der Bundesregierung umzusetzen, die die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformieren möchte, um Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz insbesondere für Kinder und Jugendliche deutlich zu reduzieren.

<p>CDU</p>	<p>Zu allen zwei Fragen:</p> <p>Gerade Kinder- und Jugendschutz haben aus Sicht der CDU Saar höchste Priorität. Um Ärztinnen und Ärzte, aber eben auch Expertinnen und Experten Ihrer Profession bei dieser schweren Aufgabe zu unterstützen, werden wir ein Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen aufbauen. Eine zentrale Rolle nehmen dabei auch Kinderschutzambulanzen ein. Sie bieten professionelle Hilfe beim Erkennen von Zeichen von Vernachlässigung oder Gewalt gegen Kinder durch eine kindgerechte ambulante und stationäre Diagnostik von spezifischen Verdachtsfällen. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und einer Vernetzung im Hilfesystem sind Kinderschutzambulanzen ein wichtiger Baustein für mehr Kinderschutz im Gesundheitssystem. Daher wollen wir eine möglichst wohnortnahe und flächendeckende Versorgung erreichen.</p> <p>Aber auch Unsere Kinderbetreuungseinrichtungen müssen personell, fachlich und strukturell optimal ausgestattet sein; dazu gehören neben strukturelle Maßnahmen vor allem auch ein echter Fachkräftemix in der frühkindlichen Bildung, bei dem Kinderpsychologinnen und - Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Mitarbeitende der Jugendhilfe und weitere Fachkräfte die Erzieherinnen und Erzieher bei Bedarf unterstützen. Wir wollen aber auch flexible digitale Weiterbildungsangebote, weil sie für uns zu einem zeitgemäßen Qualifizierungskonzept für Kindertagesstätten gehören.</p>
<p>Grüne</p>	<p>Zu allen zwei Fragen:</p> <p>Die psychotherapeutische Unterstützung von Kindern und Jugendlichen ist aus unserer Sicht von großer Bedeutung. Multiprofessionelle Teams an Schulen und der ausbau des schulpsychologischen Dienstes sind wichtige Elemente, um frühzeitig Bedarfe zu identifizieren. Letztlich müssen aber auch die Thearapiekapazitäten geschaffen werden, um identifizierte Bedarfe zeitnah decken zu können.</p> <p>Um zielgerichtete Lösungen zu erarbeiten ist die Einbindung von erfahren Praktiker*innen von großer Bedeutung. Wir planen daher einen engen und regelmäßigen Austausch.</p> <p>Für schwer psychisch erkrankte Erwachsene mit einem komplexen psychiatrischen und/ oder psychotherapeutischen Behandlungsbedarf gibt es künftig ein neues Angebot in der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 2. September 2021 in einer neuen Richtlinie (KSVPsych-RL) die Vorgaben für eine berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten beschlossen. Ziel der neuen Richtlinie ist es, verschiedene Behandlungsmaßnahmen zu koordinieren und den Patientinnen und Patienten Hilfestellungen zu geben, die geplanten Therapiemaßnahmen umzusetzen.</p>

Für schwer psychisch erkrankte Erwachsene mit einem komplexen psychiatrischen und/ oder psychotherapeutischen Behandlungsbedarf gibt es künftig ein neues Angebot in der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 2. September 2021 in einer neuen Richtlinie (KSVPsych-RL) die Vorgaben für eine berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten beschlossen. Ziel der neuen Richtlinie ist es, verschiedene Behandlungsmaßnahmen zu koordinieren und den Patientinnen und Patienten Hilfestellungen zu geben, die geplanten Therapiemaßnahmen umzusetzen.

Konzepte dazu müssen praktikabel ausgestaltet und umsetzbar werden. Wie wird dies im Saarland gelingen?

FDP	Eine Koordinierungsstelle im Gesundheitsministerium könnte eine berufsgruppenübergreifende und strukturierte Versorgung im Saarland aufbauen.
CDU	Wir begrüßen als CDU Saar das Ziel individueller, auf die jeweilige Krankheitssituation spezifisch ausgerichteter Gesamtbehandlungspläne, die stets in Abstimmung mit der Patientin oder dem Patienten zu erstellen sind, ausdrücklich. Die Umsetzung der neuen Richtlinie kann maßgeblich zur Stärkung der Teilhabe der leistungsberechtigten Menschen beitragen. Es wird deshalb nun in einem nächsten Schritt wichtig sein, alle Akteure an einen Tisch zu nehmen und die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Richtlinie zielorientiert abzustimmen.

Wie wollen Sie die Versorgung für psychisch schwer kranke Menschen insbesondere in ländlichen Regionen verbessern?

FDP	Durch eine Etablierung von lokalen Gesundheitszentren vor allem im ländlichen Raum als Modell einer multiprofessionellen, vernetzten, koordinierten Versorgung. Intensivierte ambulante Angebote für psychisch Kranke könnten dort angeboten werden ebenso wie Primärversorgung und Case Management. Sozialarbeiter könnten Ärzte und Psychotherapeuten dort in der Koordination unterstützen.
CDU	Unser Ziel als CDU Saar ist eine gute medizinische Versorgung – unabhängig von Alter, Wohnort und Geldbeutel. Dies gilt ganz besonders auch für psychiatrische und psychotherapeutische Hilfsangebote, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche.

Wie stehen Sie zu sektorenübergreifenden Versorgungsmodellen für psychisch schwer kranke Menschen?

FDP	s.o. und durch aufsuchende multiprofessionelle Kriseninterventionsteams .Die gemeindepsychiatrischen Strukturen der sozialpsychiatrischen Dienste sowie bestehende Krisendienste in den Regionen sollten mit den Notfalldiensten der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie mit den Fachkliniken vernetzt sein.
CDU	Wir stehen sektorenübergreifenden Versorgungsmodellen für psychisch kranke Menschen nicht nur offen gegenüber, sondern betrachten sie als elementarte Eckpfeiler einer zukunftsorientierten medizinischen Versorgung im Saarland.

Wie wollen Sie Modelle der Komplexversorgung im Saarland etablieren und fördern?

FDP	Durch die Schaffung der o.g. Koordinationsstelle.
CDU	Unser erklärtes Ziel ist es, eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung sicherstellen. Einen besonderen Schwerpunkt der Weiterentwicklung der psychotherapeutischen Versorgung sehen wir neben der weiteren Verbesserung der Behandlungsqualität insbesondere auch darin, die Komplexversorgung im Saarland zu etablieren und diese schrittweise zu verbessern. Dies lässt sich nur gemeinsam mit allen Akteuren zielorientiert bewerkstelligen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Modellprojekte gemeinsam erarbeitet und durch das Land begleitet werden.
SPD	Zu allen vier Fragen:

	<p>Der Koalitionsvertrag im Bund sieht Verbesserungen im Bereich der ländlichen sowie der Komplexversorgung vor. Diese Entwicklungen werden wir so gewinnbringend wie möglich für das Saarland begleiten.</p> <p>Darüber hinaus ist uns die sektorenübergreifende Versorgung ein Herzensanliegen. Um einen Einstieg zu bekommen, möchten wir die SHG-Kliniken Sonnenberg bei ihrem Modellvorhaben einer sektorenübergreifenden Behandlung unterstützen. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Modelle geeignet sind, erkrankte Menschen langfristig und ganzheitlich zu versorgen und durch das Einbinden des Sozialraums auch eine Entstigmatisierung zu befördern.</p>
Grüne	<p>Zu allen vier Fragen:</p> <p>Vor allem für schwer oder chronisch psychisch erkrankte Menschen sind besser koordinierte und aufeinander abgestimmte Versorgungswege und Behandlungspfade erforderlich. Sie benötigen Versorgungsansätze, die alle Lebensbereiche abdecken: Wohnen, soziale Teilhabe, Beschäftigung sowie psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung. Für diese Patient*innen kommt es besonders auf die enge Zusammenarbeit zwischen den Sektoren und Berufsgruppen an.</p> <p>Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen flexibler gestaltet werden. Sie benötigen häufig parallele Unterstützung aus verschiedenen Hilfsystemen. Dafür braucht es ein ganzheitliches Konzept und eine angemessene Finanzierung, die eine sektorenübergreifende Versorgungsstruktur maßgeblich unterstützt. Dabei ist auch auf eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung in allen medizinischen und therapeutischen Bereichen zu achten. Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) können Angebote der Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung unter einem Dach zu vereinen und so das Herzstück der Versorgung vor Ort zu bilden.</p>

*Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen während einer stationären Versorgung psychotherapeutische Gespräche sowie Einzel- und Gruppenpsychotherapie. Psychotherapeut*innen sollten sich entsprechend ihrer Kompetenzen in die Versorgung in den Krankenhäusern einbringen können. In einigen Kliniken im Saarland hat es sich bewährt, dass PT insbesondere Leitungsaufgaben, in Kooperation mit Fachärzten, übernehmen.*

*Der Gestaltungsspielraum, den Kliniken bisher bei der Aufgabenteilung zwischen Fachärzt*innen und Psychotherapeut*innen hatten, ist 2021 durch die Einführung von Strukturprüfungen (§ 275d SGB V) in den Krankenhäusern und einer damit verbundenen Veränderung der Strukturmerkmale in den Operationen- und Prozedurenschlüsseln (OPS-Kodes) enger geworden. Dies stellt die etablierte Praxis in vielen Kliniken infrage.*

Wie stehen Sie dazu, dass in vielen psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen Psychotherapeut*innen mittlerweile die Behandlungsleitung von Abteilungen oder Stationen, die einen psychotherapeutischen Schwerpunkt haben, übernehmen?

FDP	<p>Die stationäre Behandlung von psychisch kranken Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ist personalintensiv. Hauptbehandlungsmittel sind die therapeutische Beziehung und das therapeutische Gespräch. Eine ausreichende Ausstattung mit therapeutischem und pflegerischem Personal ist deshalb Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Behandlung, wie sie in wissenschaftlich konsentierten Leitlinien beschrieben wird. Ob eine Psychotherapeutin oder ein Psychotherapeut eine Abteilung oder eine Station leiten kann, hängt von den an die Aufgabe gebundenen Qualifikationen ab.</p>
------------	--

SPD	Grundsätzlich sind Strukturprüfungen und rechtliche Standards immer auch Patient:innenschutz. Teams sollten dabei so zusammengesetzt sein, dass das Repertoire an Fachwissen und Fähigkeit möglichst breit aufgestellt ist. Dass Psychotherapeut:innen Leitungspositionen anstreben, ist begrüßenswert. Die gelebte Praxis in den Kliniken ist zu respektieren.
CDU	Wir stehen dieser Tatsache positiv gegenüber und sehen sie als einen weiteren Schritt der Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems.
Grüne	Die Leitung von Abteilungen oder Stationen sollten stets so aufgestellt sein, dass die erforderlichen Kompetenzen abgedeckt werden. Vorschriften und Regularien zielen in aller Regel auf die Qualitätssicherung und die Patientensicherheit ab. Wenn es eine bewährte und etablierte Praxis gibt, dann sollte diese aus unserer Sicht auch Eingang in die regulatorischen Vorgaben finden. Um den Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung auch langfristig zu sichern, braucht es eine ausreichende Zahl an Aus- und Weiterbildungsplätzen für die zukünftigen Psychotherapeut*innen. Diese wird es allerdings nur dann geben, wenn auch deren Finanzierung langfristig gesichert ist.

*Um den Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung auch langfristig zu sichern, braucht es eine ausreichende Zahl an Aus- und Weiterbildungsplätzen für die zukünftigen Psychotherapeut*innen. Diese wird es allerdings nur dann geben, wenn auch deren Finanzierung langfristig gesichert ist.*

Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

FDP	Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine ausreichende Anzahl von Masterstudiengängen „Psychotherapie“ an der Saarländischen Hochschule zu Verfügung steht und die entsprechenden Weiterbildungsplätze in Kliniken und Institutionen vorgehalten werden. Nur so kann man dem zukünftigen Bedarf gerecht werden und die psychotherapeutische Versorgung im Saarland sicherstellen.
CDU	Grundstein für die Ausbildung von Psychotherapeutinnen und -therapeuten stellt das Studium dar. Wir unterstützen als CDU Saar deshalb die erfolgreiche Umsetzung des neuen Psychotherapiestudiums ein und begrüßen die zeitnahe Einrichtung eines Master-Studiengangs im Saarland. Die Aus- und Weiterbildung muss dem Bedarf der Bürgerinnen und Bürger im Saarland angemessen sein. Dies kann nur gelingen, wenn die Ausbildung attraktiv bleibt und wir genügend Menschen finden, die diesen schwierigen Beruf ergreifen wollen. Dafür erachten wir eine bundesweit geregelte, weitere Entlastung der Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer für erforderlich.

Wo sehen Sie Möglichkeiten der Finanzierung ?

FDP	Entsprechend vorhandene Bundesfördermittel müssen beantragt werden.
CDU	Die Sicherstellung einer möglichst wohnortnahen und flächendeckenden Versorgung setzt eine vorausschauende Bedarfsplanung voraus. Wir setzen uns als CDU Saar deshalb für die Schaffung und den Ausbau von Stipendien und Förderprogrammen ein.

Wie dringlich ist Ihnen dieses Anliegen?

FDP	<p>In Deutschland leiden viele Menschen unter psychischen Erkrankungen – mit beträchtlichen Folgen für die betroffenen Personen und ihre Familien, aber auch für Unternehmen und die Volkswirtschaft.</p> <p>Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und sozialer Teilhabe. Es ist uns ein dringliches Anliegen, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen eine personenzentrierte Versorgung bekommen, die ihre Lebensqualität verbessert und den Gesundheitsprozess fördert.</p>
CDU	<p>Aus Sicht der CDU Saar müssen für die Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung in den kommenden Jahren die Grundsteine im Bereich der Aus- und Weiterbildung gelegt werden, um auch künftig den Bedarf an qualitativen Versorgungsangeboten decken zu können.</p>
SPD	<p>Zu allen drei Fragen:</p> <p>Die Umsetzung der Ausbildungsreform zum Psychotherapeut:innen ist angelaufen. Bedauernswerterweise hängt die saarländische Praxis der Theorie hinterher. Es ist für die künftige Versorgung mit Psychotherapeut:innen im Saarland zentral, den Übergang von dem alten in das neue System zu strukturieren und so allen Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Ausbildung einen geregelten Ablauf ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Förderungen müssen sichergestellt werden, damit insbesondere kleine Aus- und Weiterbildungsträger die Übergangphase und die herausfordernde zeitweise Parallelität des alten und neuen Systems abdecken können. Da die psychotherapeutische Versorgungssicherheit im Saarland direkt an die Anzahl der zukünftigen Psychotherapeutinnen und -therapeuten gekoppelt ist, hat die Lösung dieser Fragestellung – gemeinsam mit der Psychotherapeutenkammer, den Aus- und Weiterbildungsträgern und der Universität – hohe Priorität.</p>
Grüne	<p>Zu allen drei Fragen:</p> <p>Wir GRÜNEN wollen eine schnellstmögliche Reform der Bedarfsplanung, die sich an den tatsächlichen und perspektivisch/zukünftigen Aufgabenstellungen orientiert. Die unerträglich langen Wartezeiten zu verkürzen und die Versorgung an den tatsächlichen Bedarf anzupassen ist für uns von großer Bedeutung. Die Dringlichkeit hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie noch einmal deutlich gemacht.</p> <p>Die Konsequenzen aus der Ausbildungsreform zum/zur Psychotherapeut*in sind im Saarland bisher nur unzureichend bearbeitet. Hier wird die neue Landesregierung zeitnah Regelungen schaffen müssen, um dauerhaft eine ausreichende Zahl an Aus- und Weiterbildungsplätzen im Saarland sicherstellen zu können.</p>

Wir danken für das Bereitstellen der Antworten:

Jan Reiter von Seiten der FDP, Simon Brixius von Seiten der SPD, Timon Satzky von Seiten der CDU und Anne Lahoda von den Grünen.